



## Protokoll Nr. 33

### Sitzung von Donnerstag, 11. September 1997, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

*Vorsitzender:*

Präsident: Martin Frick

*Anwesend:*

Ernst Aebersold  
Silvia Aepli  
Raymond Anliker  
Thomas Balmer  
Oskar Balsiger  
Sven Baumann  
Adrian Berthoud  
Arnold Bertschy  
Peter Blaser  
Markus Blatter  
Konrad Bossart  
Michael Burkard  
Michael Burri  
Walter Christen  
Marie-Louise Durrer  
Marcel Fankhauser  
Heidi Flückiger Ehrenzeller  
Jean-Daniel Flückiger  
Thomas Fuchs  
Barbara Geiser  
Hans Ulrich Gränicher  
Simone Gretler  
Adrian Haas  
Rolf Häberli  
Bernhard Hess  
Ursula Hirt

Andreas Hofmann  
Stephan Hügli  
Urs Jaberg  
Alfred Jordi  
Michael Jordi  
Heinz Junker  
Esther Kälin Plézer  
Regula Keller  
Andreas Krummen  
Lilo Lauterburg  
Annemarie Lehmann  
Leslie Lehmann  
Peter Linder  
Edith Lörtscher  
Liselotte Lüscher  
Nico Lutz  
Edith Madl Kubik  
Anton Maillard  
Irène Marti Anliker  
Kurt Mäusli  
Heinz Megert  
Elsi Meyer  
Barbara Mühlheim  
Christoph Müller  
Edith Olibet  
Ruth Rauch

Maria Regli Schmucki  
Hans Peter Riesen  
Heinz Rub  
Ursula Rudin-Vonwil  
Kurt Rüeegsegger  
Annemarie Sancar  
Beat Schori  
Rudolph Schweizer  
Erika Siegenthaler  
Peter Sigerist  
Barbara Spörri  
Sylvia Spring Hunziker  
Christoph Stalder  
Ernst Stauffer  
Ueli Stückelberger  
Béatrice Stucki  
Margrit Stucki-Mäder  
Peter Stucki  
Hans-Ulrich Suter  
Katharina Suter  
Luzius Theiler  
Eva von Ballmoos  
Kurt W. Weyermann  
Hansjörg Wittwen  
René Zimmermann

*Entschuldigt:*

Marcel Eyer  
Franco Sommaruga

*Vertretung des Gemeinderats:*

Stadtpräsident Klaus Baumgartner  
Ursula Begert  
Therese Frösch  
Adrian Guggisberg  
Alfred Neukomm  
Claudia Omar  
Kurt Wasserfallen

## Traktanden

1. Finanzstrategie 1997 - 2001 .....--
2. Voranschlag für das Jahr 1998 (Vortrag und Abstimmungsbotschaft) sowie..... 183  
Produktgruppenvoranschlag NSB 1998  
(FIKO/GPK/Gemeinderat) - *die Detailberatung erfolgt am 18. September 1997, ab 15.00 Uhr*
3. Erwerb der Liegenschaft Brunnadernstrasse 42 / Schaffung eines ..... 186  
Polizeistützpunkts Ost; Kredit  
(Hügli/Wasserfallen)
4. Dringliche Interpellation Ursula Rudin-Vonwil (LdU): Behördliche Abstimmungs-..... 194  
propaganda für die Schanzentunnelvorlage  
(Guggisberg)
5. Dringliche Interpellation Ueli Stüchelberger (GFL): "Stadtplätze"-Streifen auf ..... 200  
dem Bahnhofplatz: unzulässige Beeinflussung im Abstimmungskampf durch  
Gemeindebehörden?  
(Guggisberg)
6. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Eva von Ballmoos-Keller, GB): ..... 197  
Gesamterneuerung Kornhausbrücke - wie weiter?  
(Guggisberg)
7. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Thomas Fuchs, JSVP): Geniessen ..... 195  
Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer in Bern Spezialrechte?  
(Frösch)
8. Dringliche Interpellation Leslie Lehmann (SP): Träumt das Wohnkollektiv ..... 205  
stadTraum vergeblich?  
(Frösch)
9. Dringliche Interpellation Peter Sigerist (GB): Wird auch die Stadt Bern Opfer ..... 198  
der falschen Bundespolitik?  
(Frösch)
10. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB): Forderung des Gemeinderats ..... 196  
nach Verschärfung der Asylgesetzgebung  
(Wasserfallen)
11. Dringliche Interpellation Regula Keller (GB): Ferienregelung für Lehrerinnen, ..... 199  
Lehrlinge und Lehrkräfte an der BFF, Ausbildung DamenschneiderIn  
(Omar)

## Ordentliche Traktanden

### 1 Finanzstrategie des Gemeinderats der Stadt Bern für die Jahre 1997 - 2001

Für die FIKO spricht deren Präsident *Peter Sigerist* (GB): Seit 1993 führt der Rat jährlich eine ähnliche bis gleich strukturierte Grundsatzdebatte rund um den Voranschlag. Es geht im wesentlichen darum, ob das Gemeinwesen nur das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung verfolgen soll, oder ob es auch den Auftrag hat, den Finanzhaushalt konjunkturgerecht zu führen. Vor der Diskussion in der FIKO vom 25.8 ging der Referent davon, dass der Rat diesmal die Chance hätte, aus dem bisherigen Raster auszubrechen. Nach drei Jahren heftigen Streits und zahlreichen Budgetabstimmungen glaubte der Referent, es habe eine politische Klärung stattgefunden, da am 1.12.1996 immerhin 60% der Stimmberechtigten dem Budget 97 zugestimmt haben. Der gleichzeitig stattgefundenen Wahlgang bestärkte diejenigen politischen Kräfte, die eine konjunkturgerechte Finanzpolitik vertreten und verteidigt haben. Die FIKO erhielt zudem diesmal alle gewünschten Unterlagen, nämlich die Finanzstrategie, die Legislaturrichtlinien, eine neue übersichtlichere Darstellung der städtischen Finanzen in der Botschaft, einen erläuternden Text der Finanzdirektion betreffend Budgetierung der Einnahmen, die Budgetweisungen 98 und das Investitionsbudget 98 vom 21.5.97. Die erhöhten Kommunikationsbedürfnisse der Legislative und des Souveräns in diesem Bereich sind somit vom Gemeinderat ernst genommen worden. Peter Sigerist bedankt sich dafür im Namen der FIKO.

In der FIKO herrschte Einigkeit darüber, dass das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, richtig sei. Die Bemühungen des Gemeinderats, diesem Ziel näher zu kommen, wurden von allen FIKO-Mitgliedern anerkannt. Über den Weg, dieses Ziel zu erreichen, konnte sich die FIKO jedoch nicht einig werden. Peter Sigerist spricht deshalb zur Finanzstrategie im Namen der FIKO-Mehrheit:

1. Die Finanzstrategie vermittelt eine über die Jahresplanung hinausgehende Übersicht über die Entwicklung der städtischen Finanzen in den letzten Jahren und über die nächsten vier Jahre. An die Stellungnahme des Kantons betreffend eigentlich notwendige Erhöhung des Steuerfusses wird ebenso erinnert wie an die überdurchschnittliche Realisierungsquote der Massnahmen der Finanzstrategie 1995 - 1997, die zur Trendwende beim Ausgabenwachstum geführt haben.
2. Die gesellschaftlichen Veränderungen mit ihren Auswirkungen auf die Stadtfinanzen werden plausibel skizziert. Die neuen Probleme einer modernen Kernstadt in einer grösseren Agglomeration mit ihren drastischen Auswirkungen auf die Stadtfinanzen werden dargelegt.
3. Sie zeichnet einen präzisen Weg auf für die Erfüllung der verschiedenen spezifischen Aufgaben des Gemeinwesens, die sich klar von den Zielsetzungen einer privaten Unternehmung oder eines einzelnen privaten Haushalts unterscheiden. Ein Gemeinwesen muss das konjunkturpolitische Ziel mit dem Ziel des ausgeglichenen Haushalts in Einklang bringen. Das ist ein verfassungsmässig abgestütztes, übergeordnetes Ziel, das sowohl in der noch heute gültigen wie auch in der neuen Bundesverfassung (in Vernehmlassung) in Art. 31 bzw. Art. 80 festgehalten wird. Im siebenten Jahr der Krise hat auch das eidgenössische Parlament mit dem Verabschieden des Investitionsprogramms, an dem auch die Stadt Bern partizipieren wird, diesen Verfassungsauftrag - zwar zögerlich - aber eben doch umgesetzt.
4. Angesichts der langandauernden Krise, deren Tiefe von niemandem richtig prognostiziert worden ist, sieht die Finanzstrategie zu Recht einen entsprechend längeren Zeitraum für die Sanierung der Stadtfinanzen vor: Für den Voranschlag 2001 wird zum ersten Mal ein ausgeglichener Haushalt anvisiert. Dies entspricht auch einem volkswirtschaftlich vernünftigen Ziel, das sehr gut im Rahmen der Finanzplanungen der übergeordneten Instanzen (Kanton und Bund) liegt. Der Bund z.B. sieht im Jahre 2001 immer noch ein Defizit von fast einer Milliarde vor, der Kanton ein Defizit von 85 Mio Franken. Der freisinnige Finanzminister begründet "sein" Defizit mit konjunkturpolitischen Argumenten. Die OECD kritisiert in ihrem jüngsten Bericht zur Entwicklung der Schweizer Wirtschaft 1996/97, dass die lange wirtschaftliche Stagnation in diesem Land vor allem durch eine falsche Geldpolitik und eine zu restriktive Budgetpolitik provoziert worden sei. Die neutralen OECD-Ökonomen/Ökonominen loben denn auch das Bundesinvestitionsprogramm, das dem Investitions-Nachholbedarf der Kantone und Gemeinden entgegenkommt.
5. Die Finanzstrategie sieht folgende Kernmassnahmen vor, um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt erreichen zu können: Wirksame Massnahmen zur weiteren Verringerung der Ausgaben in der Grössenordnung von jährlich 10 bis 20 Mio und eine gerechtere Abgeltung der auf 60 Mio geschätzten Zentrumslasten.

6. Die Finanzstrategie nennt auf Seite 9 eine Straffung des Dienstleistungsangebots. Andere verwenden dafür den falschen Begriff Verzichtplanung. Falsch deshalb, weil er Freiwilligkeit vortäuscht, obwohl es sich um eine Zwangsplanung aufgrund der finanziellen Situation des Gemeinwesens handelt. Die zur Prüfung vorgesehenen Massnahmen werden noch nicht quantifiziert. Die FIKO erwartet, dass der Gemeinderat die Quantifizierung der Massnahmen und einen Plan für eine mögliche Realisierung der Massnahmen raschmöglichst im Stadtrat zur Diskussion stellt, denn in den einzelnen Massnahmen wird viel Sprengstoff stecken.
7. Die Vorschläge im Personalbereich, insbesondere die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung, sollen nebst einem Spar- auch einen Beschäftigungseffekt auslösen. Letzterer ist eine Voraussetzung dafür, dass die FIKO einer solchen Massnahmen zustimmt. In der FIKO wurde betont, dass der Gemeinderat dem Stadtrat so rasch wie möglich einen Bericht über die Auswirkungen der in den letzten Jahren erfolgten Sparmassnahmen beim Personal vorlegen muss (Wegfallen des Teuerungsausgleichs, Stellenstopp, Stellenbewirtschaftung usw.) Bevor dem Sparopfer Nr. 1, dem Personal, weitere Massnahmen zugemutet werden können, muss in diesem Bereich Klarheit geschaffen werden. Mit diesen Massnahmen darf nicht ein demotiviertes Personal, das nicht mehr zu einer effizienten Verwaltung beiträgt, gefördert werden.
8. Zusammen mit den übrigen in der Finanzstrategie vorgeschlagenen Massnahmen soll ein Sparpotential ausgelöst werden, das die Defizite massiv unter jene der Finanzplanung setzt. Mit den bis zum 1.1.2001 wirksam werdenden kantonalen Erlassen betreffend Zentrumslasten sollen die effektiv anfallenden Kosten (rund 60 Mio Franken) in der Grössenordnung von 50% abgegolten werden. Diese Zielsetzung will die Stadt mit dem Kanton aushandeln, was sehr schwierig sein wird. Gelingt dies, werden wir es schaffen, im Jahr 2001 eine ausgeglichene Rechnung vorzulegen. Jede kritische Stimme in bezug auf einen gerechteren Lastenausgleich bedeutet eine Schwächung der Position der Stadt. Der Stadt Zürich z.B. ist es gelungen, sich von einem ebenso verschuldeten Kanton Zürich fast die Hälfte der ausgewiesenen Zentrumslasten abgelten zu lassen.

Der Rat ist aufgefordert, sich zur generellen Einschätzung und Stossrichtung der Finanzstrategie, zu den vorgeschlagenen Massnahmen zu äussern: Sie sind genügend oder ungenügend? Sollten weitere Massnahmen geprüft werden, wenn ja, welche? Es geht nicht darum, die Finanzstrategie zu genehmigen. Verbindliche Anträge können nur im Rahmen der jährlichen Voranschläge eingebracht werden. Fazit der Mehrheit der FIKO: Trotz der geäusserten Kritik, kommt in der gemeinderätlichen Finanzstrategie eine insgesamt richtige Einschätzung der Lage zum Ausdruck. Die Finanzstrategie sieht einen vernünftigen, realistischen Zeitplan für den anzustrebenden Haushaltsausgleich vor, ohne dass dabei die übrigen politischen Ziele der städtischen Politik abgewürgt werden. Die FIKO-Mehrheit empfiehlt dem Rat deshalb, die Finanzstrategie 1997 bis 2001 in diesem Sinne positiv zur Kenntnis zu nehmen.

### Fraktionserklärungen

*Stephan Hügli* für die FDP-Fraktion: Wir begrüssen die Tatsache, dass der Gemeinderat eine langfristige Finanzstrategie plant und einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2001 anstrebt. Aber die weiterhin düsteren Finanzperspektiven der Stadt machen uns Sorgen, nicht zuletzt deshalb, weil die Finanzdirektorin vor den Wahlen mitteilte, dass die Stadt ihre Finanzen im Griff habe. Nun erhielten wir wieder ein defizitäres Budget vorgelegt mit dem Hinweis, dass sich dies in den nächsten Jahren nicht ändern werde. Wir sahen diese Defizite immer voraus und verlangten vom Gemeinderat deshalb bereits vor Jahren, frühzeitig Sparmassnahmen einzuleiten, die sowohl kurz- wie auch mittel- und langfristig Wirkung zeigen. Unsere Forderungen wurden als Verhinderungspolitik oder Wahlkampfaktik abgetan. Wie sich jetzt zeigt, war diese Kritik an unseren Prognosen und Empfehlungen nicht berechtigt. Will die Stadt ihre Finanzen in den Griff bekommen, kann sie dies unserer Meinung nach nur mit folgenden Massnahmen tun:

- Strukturelle Veränderung in Teilen der Verwaltung (Anpassung der Grösse der Verwaltung an die sinkende Einwohnerzahl)
- Anpassung der Grösse der Schuldirektion als Folge der weitgehenden Kantonalisierung des Bildungswesens. Ob dies sofort geschehen kann oder in eine paar Jahren, kann offengelassen werden.
- Benutzung der Projekte NSB-NPM, um Einsparungen zu erzielen.

Ob und wann die Zentrumslasten der Stadt und in welcher Höhe je ausgeglichen werden, ist für uns völlig offen. Das heisst, dass wir den Finanzhaushalt der Stadt Bern ins Gleichgewicht bringen müssen, ohne auf diesen Lastenausgleich zu warten. Der Stadt Bern war es in den Jahren vor 1991 möglich, auch ohne Ausgleich der Zentrumslasten eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Die Stadt darf sich nicht zum Ziel setzen, die Arbeitslosigkeit dadurch zu bekämpfen, dass benötigte Stellen geschaffen werden. Erwähnt werden darf, dass länger als ein Jahr arbeitslos nur knappe 30%

der städtischen Arbeitslosen sind, 42% weniger als 6 Monate. Für Letzere müssen keine speziellen Massnahmen ergriffen werden, sondern sollte die Arbeitslosenversicherung helfen. Um wirksame Massnahmen in diesem Bereich zu treffen, müssten über tausend Stellen geschaffen werden, was zu Mehrkosten von 200 Mio Franken führte und einer Erhöhung von 1 bis 10 Steuerzehnteln entspräche, was den Tod unserer Stadt bedeutete. Die Stadt muss unserer Meinung nach durch günstige Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass die Wirtschaft prosperiert und damit Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dazu beitragen kann, nebst anderem, eine günstige Steueranlage. Wir gehen mit dem Gemeinderat darin einig, dass die arbeitsmarktpolitischen Argumente nicht einfach über die finanzpolitischen gestellt werden können. In einer rezessiven Situation, so sagen die Wirtschaftswissenschaften, kann ein kurzfristiges Defizit in Kauf genommen werden. Was jetzt aber in der Finanzstrategie geplant wird, ist ein langfristiges Defizit. Die wirtschaftswissenschaftliche Lehre geht zudem davon aus, dass sich der Staat antizyklisch verhalten, dass er die Mittel in guten Zeiten bereit stellen und sich nicht primär verschulden soll. Eine Überschuldung des Staates ist in konjunkturpolitischem Sinn schädlich für die Wirtschaft. Stephan Hügli ist froh, dass die vom Gemeinderat vorgegebenen Sparmöglichkeiten weitgehend unwidersprochen geblieben sind und umgesetzt werden können.

Gegen die Stadtflucht muss etwas unternommen werden. Wir sind auf dem besten Weg dazu, eine typische A-Stadt zu werden. An dieser Stelle sei auf unsere Vorstösse: Stop der Stadtentvölkerung hingewiesen. Dieser Entwicklung kann nur Einhalt geboten werden, wenn rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden. Wir haben frühzeitig vor hohen Defiziten gewarnt und rechtzeitig Vorschläge für eine schmerzlose Verzichtplanung eingebracht. Wir fragen uns ernsthaft, ob die Strategie Zentrumslastenausgleich überhaupt ernsthaft angewendet werden darf. Dabei denkt Stephan Hügli an den Antrag der FDP-Fraktion zum Kulturkonzept, womit gefordert wurde, dass die Mehrerträge, die einen Zentrumslastenausgleich darstellen, für die Sanierung des Finanzhaushalts verwendet werden sollen.

Zu den Rahmenbedingungen der Finanzstrategie 1997-2001. Ein Umbau der Verwaltung brauche Zeit. Die jetzige Regierungsmehrheit hat über vier Jahre Zeit gehabt, diesen Umbau anzugehen und will uns nun auf weitere vier Jahre vertrösten. Das können wir nicht akzeptieren. Das Budget muss auch dadurch saniert werden, dass der Personalbestand der städtischen Verwaltung der Entwicklung der Stadtbevölkerung angepasst wird. Wir fordern seit Jahren einen Personalstopp, der nur teilweise erfolgt ist. Es geht uns nicht darum, den städtischen Haushalt auf dem Rücken der einzelnen Angestellten zu sanieren. Mit einem Nichtbesetzen von alterswegen frei werdenden Stellen oder durch frühzeitige Pensionierungen kann hier über die Jahre hinweg sehr viel getan werden. Wir begrüssen die finanzpolitische Zielsetzung, bis zum Jahre 2001 ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können, als minimalen Ansatz. Wir sind überzeugt, dass die vorgesehenen Massnahmen nicht genügen, um dieses Ziel zu erreichen. Entweder muss die Lösung in einer Verzichtplanung liegen und/oder es müssen langfristig in grösserem Ausmass Stellen durch eine straffere und bessere Erfüllung der städtischen Aufgaben reduziert werden.

Zu den Massnahmen: Die Verzichtplanung - im Kompetenzbereich der Stadt - ist, wie oben erwähnt, nicht nur zu prüfen, sondern durchzuführen. Die Informatisierung muss dazu führen, dass die Effizienz der Verwaltung steigt und nicht nur deren Kosten. Wir begrüssen die Massnahmen im Bereich Stellenbewirtschaftung und Ausbau der Kostenrechnung. Der Verkauf von Liegenschaften aus dem Finanzvermögen ist voranzutreiben. Ebenso ist die örtliche Auslagerung von sogenannten Back-office-Bereichen der Stadtverwaltung zu prüfen und der gewonnene Raum vorwiegend der Wohnraumnutzung zur Verfügung zu stellen. Prüfungsberichte haben wir satt, es gilt hier das Motto Taten statt Worte. Was vorgeschlagen wird, reicht nicht, es müssen Massnahmen ergriffen werden. Das Warten auf den Zentrumslastenausgleich bedeutet für uns eine Kapitulation und keine Strategie.

*Edith Olibet* für die SP-Fraktion: Wer die Subito-Sanierung der Stadtfinanzen mit Holzhammermethode zum Alleinseligmachenden erklärt, wer als Politiker und Politikerin eine reine Buchhaltermentalität pflegt, wer die Konjunktur- und Arbeitsmarktlage und die Zentrumslasten einfach ausblendet, wer dem Wirtschafts- und Wohnstandort Bern schaden will, der muss die vorliegende Finanzstrategie des Gemeinderats ablehnen und mehr fordern. Für die SP-Fraktion kommt das nicht in Frage. Eine so simple Sichtweise genügt uns nicht. Wir stellen in finanziell schwierigen Zeiten das Denken nicht einfach ein, sondern überlegen, welche Schäden wir mit kopflosem Handeln anrichten, wer die Folgen zu tragen hätte. Auch wir haben das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts vor Augen, jedoch nicht nur. Wir sind bereit zu sparen, aber nicht um jeden Preis. Deshalb sind wir mit der allgemeinen Einschätzung des Gemeinderats in der Finanzstrategie grundsätzlich einverstanden. Sie kann aber nicht das Blaue vom Himmel versprechen. Das bedeutet: Der Weg zur Erreichung des ausgeglichenen Haushalts wird länger. Unsere Fraktion ist bereit, dies zu akzeptieren, weil wir die schwierigen Rahmenbedingungen mit einbeziehen. Die gegenwärtige Konjunktur- und Arbeitsmarktlage hat, wie alle wissen, Einfluss auf den städtischen Finanzhaushalt und hinterlässt ihre Spuren in Form von De-

fiziten, heute und auch in den nächsten Jahren. In der Kantonsverfassung und im Finanzhaushaltgesetz steht, der Finanzhaushalt müsse konjunkturgerecht geführt werden. Die bürgerlichen Kräfte haben gegen diesen Artikel nie opponiert. Im Gegenteil - sie haben 1989 wider besseres Wissen trotz düsteren Aussichten, die Steuern gesenkt und der Stadt wertvolle Mittel entzogen. Auch Regierungsrat Kurt Lauri weist in seinen Ausführungen zur "Fortsetzung der Haushaltsanierung in Schritten" auf diese gesetzliche Regelung hin und erklärt: "Die Haushaltslage des Kantons Bern lässt sich nur mit einer Betrachtung, die eine mehrjährige Periode sowie die sachpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt, in genügender Art und Weise darstellen." Das hat der Gemeinderat getan, und wir unterstützen ihn darin.

Zu den Einzelmassnahmen der Finanzstrategie. Die SP-Fraktion hat festgestellt, dass die Umsetzung vieler dieser Massnahmen sehr unsicher ist. Der grösste Brocken ist vom Kanton abhängig, der alles andere als ein verlässlicher Partner ist. Er befindet sich in einer viel schwierigeren Situation als die Stadt Bern. Wo die Stadt allein handlungsfähig ist, insbesondere in Punkt 6.1, vermissen wir die Quantifizierung der finanziellen Auswirkungen und sind auch nicht mit allen vorgesehenen Massnahmen einverstanden. Die Übertragung von Aufgaben, wie z.B. solche der Stadtgärtnerei auf Private, erachten wir nicht als Sparbeitrag, fallen doch diese Kosten einfach auf einem andern Konto an. Widersprüchlich ist auch, wenn einerseits von einer Überprüfung der Monopolstellung der Schulzahnklinik gesprochen und andererseits diese im Voranschlag 98 ausgebaut wird.

Das Personal ist das beliebteste Sparopfer - auch bei der öffentlichen Hand. Seit zwei Jahren erwartet die SP-Fraktion einen Bericht über die Auswirkungen des Stellenstops, der Stellenbewirtschaftung und des Stellenabbaus. Gegenüber der vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzung sind wir skeptisch. Wenn die zweistündige Arbeitszeitreduktion zum grossen Teil nicht durch zusätzliches Personal aufgefangen wird, wird die Belastung der Verbleibenden immer grösser, mit den bekannten Auswirkungen auf Gesundheit und Motivation. Mit dem Wegzug der Bevölkerung aus der Stadt geht Steuersubstrat verloren, die Aufgaben bleiben und die Lasten werden zum grossen Teil noch grösser. Wer dies nicht glaubt, soll die Studie "Zentrumslasten" lesen, die im Auftrag des Kantons erstellt worden ist.

Die SP-Fraktion ist sich bewusst und akzeptiert die Tatsache, dass die Stadt aus eigener Kraft die Defizite in den nächsten Jahren nicht zum Verschwinden bringen kann. Die trittbrettfahrenden Ausseggemeinden belasten nämlich - insbesondere in konjunkturell schwierigen Zeiten, den städtischen Haushalt zu stark und verhindern eine ausgeglichene Rechnung. Die Stadt ist darauf angewiesen, dass der Kanton die Erkenntnisse der Studie "Zentrumslasten" in die Tat umsetzt. Zudem darf er keine weiteren Lasten auf die Gemeinden abwälzen. Das "Schröpfgesetz" ist genug. Die SP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat in seinen Bemühungen zur Abgeltung der Zentrumslasten.

Etwas fehlt der SP-Fraktion in der Finanzstrategie. Es werden nur Massnahmen, die sich auf der Einnahmenseite positiv auswirken, vorgesehen. Dass eine Steuererhöhung nicht in Betracht gezogen wird, verstehen wir. Sie ist politisch nicht realisierbar. Wir erwarten aber vom Gemeinderat, dass er dem Wohnstandort Bern bedeutend mehr Beachtung schenkt und eine Wohn- und Bevölkerungsoffensive startet. Die SP-Fraktion unterstützt grundsätzlich die Finanzstrategie, weil sie neben der Finanzlage auch die Konjunktur- und Arbeitsmarktlage berücksichtigt und weil keine Holzhammermethoden angewendet werden. Gegenüber einzelnen vorgeschlagenen Massnahmen sind wir jedoch skeptisch. Insbesondere sind Privatisierungen für uns kein Mittel. Beim Personal ist grösste Vorsicht geboten.

*Ernst Stauffer (SD):* Die Finanzstrategie des Gemeinderats kann der Stadtrat nur zur Kenntnis nehmen. Wir finden, die Ziele weisen in richtige Richtung, es geht uns jedoch zu langsam. Wir möchten nicht erst im Jahre 2001 - vielleicht - eine ausgeglichene Rechnung. Der Kanton ist in dieser Beziehung kein gutes Beispiel. Die Finanzstrategie kann nur die Richtung anzeigen. Sie wird in gewissen Punkten schon bald überholt sein. Ein Steuerzehntel beträgt heute z.B. nicht mehr rund 22 Mio Franken, sondern weniger. Die Steuereinnahmen gehen nicht nur zurück, weil Bern weniger Einwohner hat, sondern weil Bern immer mehr Einwohner hat, die keine oder wenig Steuern bezahlen. Für gute Steuerzahler ist die Stadt Bern kein Magnet mehr. Bei den Ausgaben ist ein Stop festzustellen, jedoch keine Trendwende. Der Gemeinderat will eine Verzichtsplanung prüfen: Die auf S. 9 des Papiers aufgeführte Liste kann noch um einige Punkte erweitert werden, z.B. mit den direkten und indirekten Leistungen, welche die Stadt dem Kanton und dem Bund teils freiwillig und teils gezwungenermassen erbringt und die andere Städte nicht erbringen müssen. Bei diesen Leistungen denken wir z.B. an die Denkmalpflege, an die der Kanton nur einen Beitrag von 150'000 Franken bezahlt oder an die Polizei, die Botschaftsbewachung usw. Es ist wichtig, dass auch die Fakten des Umfeldes berücksichtigt werden. Antizyklisches Verhalten wäre angebracht, wir können es uns aber nicht leisten, es sei denn, die Zentrumslasten werden ausgeglichen und die Steuereinnahmen steigen rasant an. Wir finden, die Angestellten der Stadt Bern sollen recht bezahlt werden. Wichtig ist, dass für

die Wirtschaft gute Bedingungen geschaffen werden. Wir verlangen Taten, die zu Resultaten führen. In diesem Sinne nehmen wir von der Finanzstrategie des Gemeinderats Kenntnis.

*Silvia Aepli* für die Fraktion GFL: Unsere Fraktion findet es begrüßenswert, dass der Gemeinderat versucht, auf verschiedenen Ebenen eine Budgetausgeglichenheit zu erreichen. Das Vorlegen einer Finanzstrategie schafft eine gewisse Transparenz und bietet eine Grundlage für einen einheitlichen Arbeitsansatz. Als zukunftsweisenden und innovativen Ansatz sehen wir die generelle Arbeitszeitverkürzung. Bei der Ausgestaltung ist keine Holzhammermethode angewandt worden, sondern es wurde nach einer Abfederung gesucht. Wir sehen diese Massnahme auch als Solidaritätsakt, denn wie soll ein Gemeinwesen, das mit hohen und unflexiblen Lohnkostenanteilen auf der letzten Zacke funktioniert, ein Umfeld schaffen und unterhalten für jene, die bereits aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind oder auf der Schwelle dazu stehen. Es braucht eine gewisse Luftmenge im Budgetkorsett, die nicht nur damit geschaffen werden darf, dass höhere Defizite in Kauf genommen werden. Wir wundern uns darüber, dass der Gemeinderat dieses Modell nicht überzeugender verfehlet. Weshalb muss er immer wieder betonen, wieviele Opfer, wieviel Leistung vom Personal bereits verlangt worden sind? Wir finden, es bedeutet auch Qualität eines Arbeitgebers, einer Arbeitgeberin, wenn in der gegenwärtigen Zeit nur ein sehr kleiner Abbau von Stellen und ein sehr abgefederter Lohnrückgang mit Arbeitszeitreduktion in Kauf genommen werden muss. Das muss als solidarischer Werk gegenüber den Angestellten und der Bevölkerung vertreten werden. Ein Werk zur Erhaltung und zum Weiteraufbau des Gemeinwesens. Die Einsparung soll durch den Nichtausgleich der Teuerung erreicht werden (8 - 12 Mio Franken). Auf welcher Teuerung basiert diese Annahme, und was kostet die Arbeitszeitverkürzung, die nicht mit der Lohnkürzung ausgeglichen wird? Wir unterstützen die Bemühungen, von Bund und Kanton Zentrumslasten abgegolten zu erhalten. Es erscheint uns jedoch als schönfärberisch und auf Sand gebaut, wenn mit diesen Beiträgen zu sehr gerechnet wird. Wieviel letztlich in die Stadtkasse fließen wird, ist völlig ungewiss. Es ist richtig, dafür einzustehen. Sich aber darauf zu verlassen, macht die ganze Entwicklung zu optimistisch und etwas unehrlich. Es muss mit aller Deutlichkeit auch darauf hingewiesen werden, dass wir der Bevölkerung, den Regionsgemeinden und dem Kanton eine grosse Widersprüchlichkeit zumuten. Was sollen die gut gemeinten und erhofften Sparanstrengungen, wenn sich die Stadt ein Bauwerk wie den Schanzentunnel leisten will, für dessen Realisierung 125 Mio Franken aufgebracht werden müssen. Auf einen unglaublichen Partner muss man sich nicht einlassen. Dies umso mehr als Bund und Kanton sagen können, sie hätten in bezug auf die Finanzen noch viel grössere Probleme. Silvia Aepli bleibt die Hoffnung, dass die Bevölkerung den Gemeinderat am 28. November zurückpfeift.

Für die SVP-Fraktion spricht *Hans Ulrich Gränicher*. Unsere Fraktion geht mit dem Gemeinderat darin einig, dass es heute im Gegensatz zu früheren Jahren nicht bloss darum geht, dass die Einnahmen und Ausgaben des Finanzhaushalts ins Gleichgewicht gebracht werden müssen, sondern verschiedenste Aspekte zu berücksichtigen sind. Stichworte für uns sind: die Arbeitsplatzsicherung, die Investitionstätigkeit und die Sanierung der Stadtfinanzen. Von der öffentlichen Hand wird erwartet, dass sie zur Verbesserung der Beschäftigungslage beiträgt. Es werden somit auch arbeitsmarkt- und kulturpolitische Massnahmen gefordert, und von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird erwartet, dass die Stadt als vorbildlicher Arbeitgeber agiert. Industrie und Gewerbe sind darauf angewiesen, dass die Stadt Bern die Investitionstätigkeit auf hohem Niveau hält und einen Beitrag daran leistet, dass die Arbeitsplätze auch in der Privatwirtschaft erhalten bleiben können. Gleichzeitig geht es darum, dass die Stadtfinanzen saniert und die aufgelaufenen Defizite abgebaut werden. Gelingt dies nicht, muss die Stadt immer mehr Geld für die Bezahlung von Schuldzinsen aufbringen, und für die laufenden Verpflichtungen bleibt nichts mehr übrig. Weil ein Wirtschaftsaufschwung immer noch auf sich warten lässt und höhere Steuererträge nicht in Sicht sind, ist die Situation sehr schwierig. In diesem Spannungsfeld eine Finanzstrategie vorzulegen, die für die Zukunft positive Entwicklungen aufzeigt, wird kaum gelingen. Das hat auch der Gemeinderat erkannt. Trotzdem fand er einen Weg, wie die Stadt Bern bereits ab 2001 mit einer ausgeglichenen Rechnung rechnen kann. Dies dank der Zentrumsfunktion. Das Steueraufkommen darf sich jedoch nicht ungünstig entwickeln, damit diese Rechnung stimmt. Unsere Fraktion weiss auch kein Patentrezept dafür, wie der Finanzhaushalt kurzfristig saniert werden kann. Eine vorübergehende Steuererhöhung kommt für uns nicht in Frage. Seit 1963 hat die Stadt Bern rund 35'000 Einwohner durch Abwanderung verloren. Gleichzeitig hat sich die Bevölkerungsstruktur stark gewandelt. Die freigewordenen Wohnungen sind zum Teil einer Büronutzung zugeführt worden, und zum Teil werden sie heute von Einzelpersonen bewohnt. 35'000 Einwohner entsprechen einem Steueraufkommen von mindestens 70 Mio Franken pro Jahr. Da in absehbarer Zeit eine Rückwanderung in die Stadt nicht zu erwarten ist und alle guten Konzepte des Gemeinderats daran nur wenig ändern können, sind wir gezwungen, auch über das von der Stadt erbrachte Dienstleistungsangebot zu sprechen. Wir sind überzeugt, dass hier noch ein grosses Sparpotential vorhanden ist. Aber auch das Parlament muss sich bewusst sein, dass in be-

zug auf neue Verpflichtungen grösste Zurückhaltung geübt werden muss. Neue Aufgaben und die entsprechenden Folgekosten belasten die Rechnung der Stadt Bern oft während mehrerer Jahre oder Jahrzehnten. Die SVP-Fraktion nimmt in dem Sinne Kenntnis von der Finanzstrategie des Gemeinderats und hofft, die anschliessende Budgetdebatte werde in dieser Hinsicht positive Zeichen setzen.

Finanzdirektorin *Therese Frösch*: Die Finanzstrategie stellt einen wichtigen Rahmen für die Budgets der nächsten vier Jahre dar. Der Realisierungsgrad der bisherigen Sparmassnahmen ist beachtlich hoch, wie auf S. 4 der Finanzstrategie dargestellt wird und an der sinkenden Defizitentwicklung klar festgestellt werden kann. Wir pflegen z.B. bei der Budgetierung intensiven Kontakt mit Kanton und Bund über Konjunktur, Steueransätze usw. Im Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten im Kanton Bern und ausserhalb steht die Stadt Bern relativ gut da. Die Zielkonflikte haben seit der Erstellung der letzten Finanzstrategie nicht abgenommen. Ziel ist die Sanierung der Finanzen ohne Verlust von Arbeitsplätzen bei weiterhin hohem Investitionsniveau. Die Stadt Bern nimmt mit 15 bis 20 Mio am Investitionsbonus Teil. Wir halten uns damit an die Bundesverfassung: "Bund, Kanton und Gemeinden berücksichtigen bei der Aufstellung ihrer Voranschläge die Erfordernisse der Konjunkturlage". Die Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert: Abwanderung, Zunahme von Problemen, massive Steuereinbussen. Die Umsetzung der Finanzstrategie ist eine anspruchsvolle Aufgabe, und es müssen alle konstruktiv mithelfen. Die Strategie des Gemeinderats ist realistisch aufgebaut, transparent, nachvollziehbar und klar. Sie verschärft die konjunkturellen Probleme nicht und steckt ganz klare Sparziele. Eine der unter Ziff. 6.1 aufgeführten Massnahmen kann bereits, weil in der Zwischenzeit erledigt, gestrichen werden: Aufhebung des RAZ Riedbach im Rahmen einer kantonalen Überprüfung der Ausbildungszentren. Der Stadtrat ist orientiert worden über die erfolgten Einsparungen im Rahmen der sogenannten Verzichtsplanung. Die Auswirkungen der auf S. 9 aufgeführten Massnahmen können zur Zeit noch nicht quantifiziert werden. Im Parlament sind heute abend verschiedene Voten gefallen, welche die Finanzstrategie positiv würdigen. Das Personal ist bereit, die Arbeitszeitverkürzung zu akzeptieren. Es muss jedoch auch am Arbeitsklima gearbeitet werden. Wir wollen mit und nicht gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entscheiden und sparen. Wir müssen eine Verbindung schaffen zwischen Personalpolitik und Sozialpolitik auf dem Platz Bern, denn der Gemeinderat ist für beides verantwortlich. Die Menschen dürfen nicht ihre Arbeit und ihre Würde verlieren und auf dem Sozialdienst landen, wodurch auch wieder die Stadtkasse belastet wird. Trotz schwieriger Situation muss es möglich sein, via Finanzstrategie und Budget Visionen zu erhalten. Zur Realisierung gewisser Visionen braucht es jedoch eine lange Laufzeit. Wir müssen auch eine langfristige Verantwortung für die Stadtentwicklung wahrnehmen. Dieser Widerspruch muss bewirtschaftet werden. Ein Klee-Museum beispielsweise kann sich die Stadt Bern finanziell eigentlich nicht leisten, wir können es uns jedoch auch nicht leisten, Nein dazu zu sagen. Der Sanierungsfahrplan ist zwar lang, im Vergleich zu anderen Städten sind wir im siebten Jahr der Krise jedoch wesentlich weiter. Die Ausgabenseite haben wir im Griff: Nullwachstum seit zwei Jahren ohne Hauruckübungen, und wir haben trotzdem neue Aufgaben (Gleichstellung, Krippenbereich, Tagesschulen) in Angriff genommen, machen Anstrengungen im NSB-Bereich, haben eine Stellenbewirtschaftung geschaffen, erarbeiten eine Arbeitszeitverkürzung, eine Kostenrechnung wird ausgearbeitet, ein echtes Controlling wird aufgebaut. Diese Nebenprodukte des NSB tragen dazu bei, das Kostenbewusstsein der städtischen Angestellten zu verstärken. Wir stossen jedoch an enorme Grenzen. Das Sparpotential ist kleiner geworden. 10 - 20 Mio Franken möchten wir noch mittels eigenen Anstrengungen einsparen. Wir werden auch versuchen, noch günstiger zu bauen. Ohne Abgeltung von mindestens der Hälfte der anerkannten Zentrumslasten fällt unser Sanierungsplan jedoch gründlich ins Wasser. 5,2 Mio Franken bezahlt die Stadt Bern an das "Schröpfgesetz". Wir finden, dass mit den reichen Agglomerationsgemeinden wie z.B. Muri mit Steuerfuss 1,6 und anderen ein Ausgleich gefunden werden kann, damit die ärmeren Randgemeinden und die Stadt Bern, die eine einsame, spezielle Stellung einnimmt, entlastet werden können. Es geht hier nicht um einen Sechser im Lotto, sondern um ungedeckte Checks der wohlhabenden Regionsgemeinden. Solange unser berechtigtes Anliegen vom Kanton nicht anerkannt wird, hören wir nicht auf, dieses Lied zu singen.

Die Finanzstrategie 1997 - 2001 nimmt mehr Rücksicht auf die Konjunktur (Wirtschaftskrise). In diesem Sinn trifft das Bild, das Bundesrat Kaspar Villiger geprägt hat: "Der Bundeshaushalt ist wie ein Flugzeug, das auf eine Bergwand zufliegt, während sich die Passagiere fragen, ob sie noch ein Cupli bestellen wollen. Die Passagiere sind die Parlamentarier, die neue Ausgaben beschliessen, auch wenn deren Finanzierung nicht gesichert ist" auf Bern nicht zu. Den Steuerausfällen und den ungedeckten Zentrumslasten stehen wir relativ hilflos gegenüber, die Finanzhaushaltsanierung und Entwicklung der Stadt überlassen wir jedoch nicht dem Zufall, sondern legen echt Hand an. Unser Flugzeug fliegt weder auf eine Bergwand zu, noch geht ihm das Benzin aus, vorausgesetzt, dass uns der Kanton Bern nicht weitere ungedeckte Checks für entsprechend erbrachte und von uns bezahlte Leistungen übergibt.

Die Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden soll in zwei Jahren mit der Teuerung verknüpft werden, d.h. von den 4,75% bezahlt das Personal die Hälfte, das entspricht einer Teuerung in den Jahren 1999 und 2000 von 1,2 Prozent. Die Finanzdirektorin bittet den Rat, die Finanzstrategie ernst zu nehmen und den Gemeinderat zu unterstützen. Sie dankt der FIKO für die interessanten Diskussionen.

Der *Vorsitzende* stellt fest, dass der Rat die Finanzstrategie 1997 - 2001 mit diesen Voten zur Kenntnis genommen hat.

## **2 Voranschlag für das Jahr 1998 (Vortrag und Abstimmungsbotschaft) sowie Produktegruppenvoranschlag NSB 1998**

Antrag Nr. 183

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 1998, der bei Aufwendungen von Fr. 1'160'852'500.-- und Erträgen von Fr. 1'115'880'500.-- einen Ausgabenüberschuss von Fr. 44'972'000.-- vorsieht, wird der Gemeinde zur Annahme empfohlen mit folgendem Beschlussesentwurf

- I. Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrats vom 18. September 1997, gestützt auf Artikel 8 Absatz 1 Ziffer 3 der Gemeindeordnung, beschliesst:
  1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 1998 wird genehmigt.
  2. Der Gemeinderat hat im Jahr 1998 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
    - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das 2,3fache (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze;
    - b) eine ordentliche Liegenschaftssteuer von 1,5 Promille beziehungsweise eine erhöhte Liegenschaftssteuer (Artikel 217 StG) von 3,0 Promille des amtlichen Wertes (unverändert);
    - c) eine Beleuchtungsabgabe von 0,13 Promille des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert (unverändert);
    - d) eine Hundetaxe von Fr. 100.-- (unverändert).
- II.
  1. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
  2. Er genehmigt die für die sieben Pilotprojekte Abteilung Informatikdienste, Feuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale und Strasseninspektorat vorgelegten Produktegruppen-Budgets 1998 unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1998.

Für die Finanzkommission spricht deren Präsident *Peter Sigerist*. Am 1. Juli 1997 präsentierte der Gemeinderat den Voranschlag 1998 mit einem Defizit von fast 45 Mio Franken. Die FIKO-Mehrheit legt ein Budget 98 mit einem Defizit von rund 29,5 Mio Franken vor. Das vom Gemeinderat vorgelegte Budget sah Aufwendungen von Fr. 1'160'852'500.- und Erträge von Fr. 1'115'880'500.- vor. Wenn das Parlament den Anträgen der FIKO-Mehrheit zustimmt, werden wir eine Verbesserung der Einnahmen und Ausgaben um rund 15 Mio Franken erreichen. Bereits der gemeinderätliche Voranschlag entsprach jedoch den Vorgaben des Finanzplans und der Finanzstrategie. Obwohl in der FIKO noch weitgehend Übereinstimmung zum allgemeinen Ziel der Finanzstrategie herrschte, konnte kein einstimmiger Beschluss zum Voranschlag gefasst werden. Eintreten wurde nur mit 6 : 4 Stimmen beschlossen, und am Schluss der FIKO-Beratungen sprachen sich die 6 RGM-Mitglieder für den Voranschlag und die fünf andern FIKO-Mitglieder dagegen aus.

Die Eckpunkte des Voranschlag 1998 sind die folgenden: Beim Aufwand springt ins Auge, dass bei jenen grossen Posten, die Gemeinderat und Stadtrat direkt beeinflussen können, Rückgänge festzustellen sind: Einmal mehr beim Personal. Ihm wurde sogar noch der Teuerungsausgleich gestrichen, und die Hälfte der in den Gemeinderatpool abgegebenen Stellen sollen aufgehoben werden, so dass sich der Beamtenbestand weiter verringert. Der Personalaufwand-Anteil am Total der bereinigten Aufwände sank mittlerweile unter 30 Prozent, nachdem er in der Rechnung 96 noch 36,2 Prozent betrug. Auch beim Sachaufwand und bei den Passivzinsen sind Minderausgaben budgetiert worden. Gebundene Ausgaben dagegen sind zum Teil recht massiv angestiegen: Fürsorgerleistungen + 8,15 Mio, Lehrerinnen-/Lehrerbesoldungen an den Kanton + 7 Mio (falls der FIKO-Antrag nicht gutgeheissen werden sollte), Sanierungsbeitrag an den Kanton (der Schröpfbeitrag) + 5,2 Mio und andere mehr, insgesamt fast 30 Mio Mehrausgaben, die nicht direkt beeinflusst werden können.

Trotz diesen Zusatzausgaben wachsen die bereinigten Gesamtausgaben nur um 0,9 % oder 9,5 Mio Franken an. Beim Kanton Bern wachsen die budgetierten Ausgaben für 1998 um 1,9% an. Eine budgetierte Zunahme der Gesamtausgaben von weniger als 1 Prozent bestätigt, was wir immer - auch vor den Wahlen - gesagt haben: Die von uns direkt beeinflussbaren Ausgaben haben wir im Griff, die Überwälzungen durch den Kanton hingegen nicht.

Das Defizit begründet sich im wesentlichen durch Mindererträge aus den Steuern von - 5,7 Mio, bei den Bussen von - 3,0 Mio und bei den Geldanlagen von - 2,64 Mio Franken. Die bereinigten Gesamteinnahmen verringern sich damit um 2% oder fast 20 Mio Franken. Es ist dieser Mix: Zunahme der Aufwendungen bei den gebundenen Ausgaben und Mindererträge bei den Steuereinnahmen, der zum gemeinderätlichen Defizit von 45 Mio Franken führt, und es ist dieser durch die FIKO leicht veränderte Mix, der zu einem Defizit von 29,5 Mio Franken führen soll.

In der Debatte zur Finanzstrategie haben wir das konjunkturgerechte Budgetieren hervorgehoben. Der Kanton mit seiner Dezennium Fiasko AG (Defag) budgetiert für 1998 ein Defizit von 165 Mio. Dieses wäre um fast 100 Mio höher ausgefallen, hätte er nicht seine Schulden zu einem beträchtlichen Teil auf die Gemeinden überwälzt. Die Gemeinden als letztes Glied in der Staatskette können ihre Schulden nicht weiterreichen. Trotz dieser Schuldenüberwälzung sieht die kantonale Finanzstrategie im Jahre 2001 immer noch ein Defizit von 85 Mio vor. Der kantonale SVP-Finanzdirektor Kurt Lauri begründet seine Budgetaussichten mit denselben Worten wie wir, nämlich dass der Hauptgrund für die Verzögerung des Budgetausgleichs die Steuereinnahmen sind, die infolge der Rezession jedes Jahr nach unten korrigiert werden müssen. Ein anderes Beispiel sind die Finanzen des Kantons Genf (mit einer bürgerlichen Regierung). Zitat aus der NZZ: "Die wirtschaftliche Krise hat sich als hartnäckiger erwiesen, als seinerzeit angenommen werden mochte, und die Staatsfinanzen präsentieren sich fast so jämmerlich wie zuvor. Die Sparanstrengungen stabilisieren zwar den Aufwand, aber die Rückschläge beim Steuerertrag verdüstern nun das Bild". An den Lausanner Stadttagen vor wenigen Wochen war zu vernehmen, dass alle grösseren Schweizerstädte mit den gleichen Problemen kämpfen. Diese strukturellen Probleme können nur in Zusammenarbeit mit den übergeordneten Gemeinwesen nachhaltig gelöst werden. Deshalb müssen wir gegenüber dem Bund dafür kämpfen, dass die Städte als Gemeinwesen verfassungsmässig anerkannt werden. Wie auch die Umfragen bei den Bernerinnen und Bernern bestätigen, beschäftigt sie heute die schlechte Wirtschaftslage mit entsprechend vielen arbeitslosen Menschen viel mehr als die Finanzlage der Stadt Bern. Ende Juli 1997 waren in der Stadt Bern 4141 Personen arbeitslos, 3264 Ganzarbeitslose und 877 Teilarbeitslose. Die Zahlen der Langzeitarbeitslosen steigen weiter an, was bei den Fürsorgeleistungen eine derart hohe Zunahme verursacht. Wir müssen uns deshalb gemeinsam dafür anstrengen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Stadt als Gemeinwesen kann Impulse geben, die in der Privatwirtschaft Mechanismen auslösen. Die Arbeitszeitverkürzung und die Investition in sinnvolle Projekte ist deshalb richtig. Beide Ebenen sind im VA 98 enthalten.

**Zur Arbeit in der FIKO und ihren Anträgen:** Obwohl wir erfreulicherweise feststellen konnten, dass die vom Gemeinderat für alle Direktionen beschlossenen Budgetweisungen 98 - es handelt sich um Nettoergebnisse als differenzierte Globalvorgabe - überall eingehalten worden sind, zeigte sich in der FIKO sehr rasch der Wille, nach weiteren Sparmöglichkeiten zu suchen bzw. neue Ertragsmöglichkeiten zu orten. Für diese Arbeit standen uns umfangreiche Unterlagen zur Verfügung: Zusätzlich zum Budget und den im Referat zur Finanzstrategie erwähnten Unterlagen erarbeitete die Steuerverwaltung auf Wunsch der FIKO-Delegation ein Papier "zur Problematik des Budgetierens". Die FIKO-Delegationen erhielten auf ihre zahlreichen Fragen ausführliche und schriftliche Antworten. Nachdem wir die äusserst mangelhaften Begründungen im Heft "Bemerkungen zu einzelnen Konti" kritisiert haben, wurde uns auch der entsprechende Auszug aus dem NRM-Handbuch zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderat wird nun dafür sorgen, dass die Begründungen in Zukunft gemäss diesem Handbuch erfolgen, was die FIKO-Arbeit erleichtern wird. Die FIKO stellt einige Anträge, die im einzelnen - sofern sie in der FIKO umstritten waren - in der Detailberatung begründet werden.

Zentral ist die politische Frage, wie weit wir zulassen können, dass der Kanton seine Finanzprobleme ausgerechnet auf eine Zentrumsstadt überwälzen kann, die nachweislich laut gemeinsamer Studie von Kanton und Stadt Bern jährlich 60 Mio Franken Zentrumslasten tragen muss. Wie weit kann der Kanton gegen Treu und Glauben verstossen, wenn er von sich aus den Kostenschlüssel zu Lasten der Gemeinden bei den Lehrerbesoldungen erhöht. Die FIKO-Mehrheit ist entschieden der Meinung, dass hier der Berner Stadtrat ein politisches Zeichen setzen muss - sowohl als positives Signal gegenüber den mitbetroffenen Gemeinden als auch als Warnsignal an den Kanton für eine verbindlichere Verhandlungsführung in Sachen Lastenausgleich.

Fazit:

- Weil die Finanzstrategie 1997 bis 2001 aufzeigt, wie wir bis zum Jahr 2001 zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen können,
- weil die beeinflussbaren Ausgaben ein Minuswachstum kennen,

- weil der Gemeinderat mit richtigen Massnahmen dem Hauptproblem, der wirtschaftlichen Krise, mit Investitionen und einer Arbeitszeitverkürzung an die Wurzel gehen will
  - und weil auf der Einnahmenseite heute aus politischen Gründen der Steuerfuss nicht erhöht werden kann, obwohl auch Gemeinderätin Begert dies öffentlich diskutiert hat,
- empfiehlt die FIKO-Mehrheit dem Stadtrat mit 6 : 5 Stimmen, auf den Voranschlag 1998 einzutreten. Abschliessend dankt der Referent allen FIKO-Mitgliedern für die langen und heissen (Sommerhitze) Sitzungen und ihr Engagement herzlich.

Für die FIKO-Minderheit spricht *Stephan Hügli* (FDP). Er dankt den FIKO-Mitgliedern für die angenehme, sachlich und kompetent geführte Debatte und den Verwaltungsvertretern für die erteilten Auskünfte. Das vorgelegte Budget für das Jahr 1998 genügt der Kommissionsminderheit nicht. Uns ist klar, dass den Budgetverantwortlichen die Möglichkeiten fehlen, kurzfristig grössere Beträge einzusparen. Die Budgetweisungen des Gemeinderats sind eingehalten worden. Wir fragen uns jedoch, ob diese Weisungen nicht zu grosszügig sind. Wir stehen hinter der Finanzstrategie, sie geht uns jedoch zuwenig weit, und wir bezweifeln, dass alle Ziele eingehalten werden können. Das Zentrumslastenausgleichsgesetz wird bestimmt nicht auf den angenommenen Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden können. Das Budget 98 weist einen höheren Fehlbetrag auf als die Rechnung des vergangenen Jahres. Vor den Wahlen ist gesagt worden, die Stadt habe die Finanzen im Griff. Heute wird gesagt, die Stadt habe die Ausgaben im Griff. Die Ausgaben kann man jedoch nur im Griff haben, wenn sie im Einklang stehen mit den Einnahmen. Diese seinerzeitige Aussage war deshalb falsch, und wir sind sehr weit davon entfernt, je einmal unseren Schuldenberg von heute 238 Mio Franken abtragen zu können. Die Schuld am Defizit wird nicht internen Faktoren angelastet: Ein Teil davon wird auf die Mindererträge bei den Steuereinnahmen zurückgeführt und ein anderer Teil auf das "Schröpfungsgesetz" des Kantons, d.h. andere sind für das Defizit der Stadt Bern verantwortlich. Diese Faktoren machen jedoch nur ca. 10 Mio des gesamten Fehlbetrags aus, für den Rest des Defizits ist die Stadt selbst verantwortlich. Es stimmt, dass man sich in einer solchen Situation konjunkturpolitisch klug verhalten muss. Das bedeutet jedoch nicht, dass primär Ausgaben generiert, sondern dass investiert werden soll, um damit Anreize für die Wirtschaft auszulösen. Stephan Hügli verweist auch darauf, dass immer mehr Personen in der Stadt Bern ein Einkommen von Null Franken versteuern und dass immer mehr städtische Steuerzahler, insbesondere auch zahlreiche städtische Chefbeamte, in die Agglomeration abwandern. Der Steuersatz der Stadt Bern darf schon aus diesem Grunde nicht erhöht werden. Die FIKO-Minderheit hat in der Kommission beantragt, auf das Budget 1998 nicht einzutreten und es mit der Auflage zurückzuweisen, nicht nur eine Strategie vorzulegen, sondern eine Verzichts- und Optimierungsplanung, d.h. einen Massnahmenkatalog, der Vorschläge enthalten müsste, wann und worauf verzichtet werden könnte. Die Mehrheit bezeichnete diesen Antrag als unmöglich und stimmte darüber nicht ab. Einen ähnlichen Antrag hat der Stadtrat jedoch 1993 bejaht. Wir haben deshalb folgenden Rückweisungsantrag eingereicht: Das Budget 1998 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Auflage, es dem Stadtrat erneut vorzulegen, gemeinsam mit konkreten, im Kompetenzbereich der Gemeinde liegenden Massnahmen, welche bewirken, dass der Finanzhaushalt ohne Steuererhöhung spätestens im Jahr 2000 ausgeglichen ist. Aus diesen Gründen bleibt der FDP-Fraktion nicht anderes übrig, als auf das Budget nicht einzutreten.

### **Fraktionserklärungen**

*Ernst Stauffer* für die SD-Fraktion: Bekanntlich reden wir Klartext. Wir haben folgenden Nichteintretensantrag eingereicht: Die SD-Fraktion stellt dem Stadtrat Antrag, auf das Budget 1998 nicht einzutreten. (Der Gemeinderat wird beauftragt, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen). Das gemeinderätliche Budget sieht ein Defizit von rund 45 Mio Franken vor. Wenn die Anträge der FIKO gutheissen werden, reduziert sich dieses Defizit auf 29,5 Mio Franken. Der Gemeinderat hat gegen diese Kürzungen nicht opponiert, was nur dadurch erklärt werden kann, dass die Budgetvorgaben zu wenig restriktiv waren. Die SD-Fraktion ist mit dem Budget 98 überhaupt nicht zufrieden. Mit gutem Willen und rigorosen Vorgaben wäre ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. In verschiedenen Direktionen gibt es Budgetposten, die zu gut dotiert sind. Wenn die FIKO einen Drittel des Budgetdefizits weggebracht und die Mehrheit der FIKO noch 20 Tagesschulen mit jährlichen Folgekosten beschlossen hat, müssen die andern zwei Drittel auch noch weg. Wo reduziert werden soll, wo gespart und wo Geld eingetrieben werden kann, soll der Gemeinderat sagen. Z.B. könnte er die Globalvorgaben nach unten korrigieren, Fonds und Kässeli nicht mehr öffnen oder mindestens weniger füllen - auch beim EWB. Das Kässeliwesen verleitet dazu, viel leichter Geld auszugeben. Die Verzichtsplanung muss ergänzt, erweitert, in die Tat umgesetzt werden, auch wenn dies schmerzt. Früher oder später müssen die Schulden abbezahlt werden. Es gibt nichts Unsozialeres und Wirtschaftsfreundlicheres als eine Schuldenwirtschaft. Die Gründe dafür sind schon oft genannt worden.

Die FIKO hat einstimmig beschlossen, den Steuerfuss nicht zu erhöhen. Wieviele städtische Chefbeamte wohnen und bezahlen in der Stadt Steuern?

*Regula Keller* (GB) stimmt dem Voranschlag 98 im Namen der Fraktion GB/JA! zu. Die schlechte Wirtschaftslage zeigt sich im höheren Defizit. Die Wahlen im Dezember 96 zeigten, dass die Stimmberechtigten Vertrauen in eine RGM-Mehrheit haben. In der gleichen Abstimmung wurde auch das Budget 97 genehmigt. Als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker sollten wir den Gemeinderat unterstützen. Bei allfälligen Sparmassnahmen sollten wir uns immer wieder fragen, ob sie wirklich etwas bringen. Es gibt Bereiche, in denen sparen mehr schadet als nützt: im Sozialen, bei der Bildung, bei der Kultur und beim öffentlichen Verkehr, denn diese Bereiche tragen viel zu einer menschengerechteren Lebensqualität bei. Es ist wichtig, dass wir in der Öffentlichkeit für sinnvolle Ausgaben der Stadt Bern argumentieren, dass wir zeigen, wie die Stadt investiert und was das der Bevölkerung bringt, was sie zur Unterstützung von erwerbslosen Menschen beiträgt und was sie für die Bildung von Kindern und Jugendlichen tut. Wir lehnen den Nichteintretens- und den Rückweisungsantrag selbstverständlich ab. Dazu zwei Bemerkungen: Alle Jahre wieder. Diese Anträge werden vom Rat abgelehnt werden. Unsere Stadt darf nicht kaputtgespart werden. Deshalb sagen wir Ja zum Budget.

*Thomas Fuchs* für die SVP-Fraktion: Wir haben darauf verzichtet, einen eigenen Rückweisungsantrag zu stellen. Wir sind jedoch überzeugt, dass noch 30 Mio Franken eingespart werden könnten. Die Sparvorschläge müssen jedoch von der Verwaltung kommen. Auch wenn das Fett in der Verwaltung in den letzten Jahren deutlich abgebaut worden ist, sind doch noch verschiedene Fettpolster vorhanden. Die SVP möchte nicht, dass die Stadt vor lauter Sparrunden magersüchtig wird, trotzdem sollte es mit gutem Willen möglich sein, ein schlankes, d.h. ausgeglichenes Budget vorzulegen. Es ist überaus störend, dass immer wieder Beiträge erhöht werden. Ein Beispiel dazu ist der heute vorliegende Antrag für die Aufnahme eines neuen Kontos "Ludothek Lorraine". Dass der Kanton bezüglich Budgetgenauigkeit kein verlässlicher Partner ist, mussten wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen. Hier sind ein Handlungsbedarf und Gespräche auf höchster Ebene nötig. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion, da unsere Ziele in die gleiche Richtung gehen. Eine nachhaltige Gesundung der Stadtfinanzen kann nur via längerfristige Strategieänderung erfolgen. Dabei sind nebst den Sparbemühungen insbesondere Anstrengungen zu unternehmen, damit die Stadt Bern wieder mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erhält, d.h. es müssen mehr Leute in Bern Wohnsitz nehmen. Wir werden uns erlauben, bis zur nächsten Sitzung eventuell noch weitere Änderungsanträge einzureichen. Einem Budget mit einem Defizit von rund 30 Mio Franken können wir nicht zustimmen.

Für die Fraktion GFL spricht *Michael Burri*. Auch unsere Fraktion beantragt dem Rat Eintreten auf den Voranschlag 98. Es ist leider richtig, dass wir uns in der tiefsten und längsten Rezession seit den dreissiger Jahren befinden und deshalb ein Budgetfehlbetrag fast zwangsläufig vorgegeben ist. Der Hinweis in der Finanzstrategie des Gemeinderats auf den entsprechenden Artikel in der Bundesverfassung, wonach auch die Gemeinden ihre Finanzpolitik den konjunkturellen Schwankungen anpassen müssen, ist richtig. Andererseits wird immer klarer, dass wir es in den neunziger Jahren in der Stadt Bern nicht ausschliesslich mit konjunkturellen, sondern zum Teil auch mit strukturellen Defiziten zu tun haben = A-Stadt. Wenn der Gemeinderat gemäss Finanzstrategie im Jahr 2001 wieder in den Bereich der schwarzen Zahlen zu kommen gedenkt, soll dabei die finanzielle Abgeltung der Zentrumslasten eine wesentliche Rolle spielen. Wir hoffen, dem werde so sein. Mit dem traditionellen Steuersystem gelangen Bund, Kantone und Gemeinden immer mehr an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten, währenddem einige wenige Dutzend Grossunternehmungen unerhörte Gewinne machen, gleichzeitig die Arbeitslosenzahlen explodieren und währenddem die Umwelt immer mehr durch menschliche Aktivitäten strapaziert und teilweise irreparabel geschädigt wird. Eine ökologische Steuerreform, wie sie auf nationaler Ebene von den Schweizer Grünen angeregt worden ist, wird unumgänglich. Wenn sich die bürgerlichen Parteien über die Zunahme des Verlustvortrags der städtischen Finanzen auf über 400 Mio Franken Sorgen machen, sind diese Sorgen absolut berechtigt und sollen Anlass geben, mit den Sparmassnahmen weiterhin ernst zu machen. Die gleichen Leute sollten sich aber auch anderer Altlasten wegen Sorgen machen. Geldschulden können bekanntlich erlassen werden, oder sich im extremsten Fall in einem Konkursverfahren in Luft auflösen. Radioaktive Abfälle oder andere Umweltlasten können dies nicht. Studiert man die Details des Voranschlags, erhält man den Eindruck, dass einzelne Verwaltungsabteilungen noch nicht vom Spareifer erfasst worden sind. Die entsprechenden Kürzungsanträge der FIKO unterstützen wir deshalb und möchten ihren Mitgliedern, die zum Teil sehr aufwendige Arbeit geleistet haben, danken. Was hat der Gemeinderat unternommen, um die Stadt vom kantonalen "Schröpfgesetz" zu verschonen? Den Rückweisungsantrag der FDP lehnen wir ab, weil der Gemeinderat mit Finanzplan und Finanzstrategie zwei Instru-

mente vorgelegt hat, die ihm selber einen klaren Fahrplan vorgeben, der zu einem ausgeglichenen Budget im Jahr 2001 führen soll. Eine Rückweisung drängte sich erst dann auf, wenn deutliche Anzeichen dafür bestünden, dass dieser Fahrplan nicht eingehalten werden kann. Das ist momentan nicht der Fall. Der Nichteintretensantrag der SD-Fraktion ist jenseits der Realität. Sparen heisst für uns nicht, dass bei jedem einzelnen Posten reduziert werden soll, denn es soll auch in mageren Jahren und in Rezessionszeiten möglich sein, in sehr beschränktem Rahmen einzelne Prioritäten zu setzen und neue Aufgaben anzugehen. Das muss nicht unbedingt ein Klee-Museum sein und schon gar nicht eine EXPO. Das eine oder andere, das direkt der Stadtbevölkerung zugute kommt, muss möglich sein, z.B. eine neue Ludothek oder 20 neue Tagesbetreuungsplätze. Kompensationsmöglichkeiten bestehen genügend.

*Konrad Bossart (CVP)* für die Fraktion CVP/ARP/FPS: Eine Hauptaufgabe von uns Politikern und Politikerinnen ist es, der Bevölkerung Vertrauen in unsere Arbeit zu vermitteln. Dies ist umso wichtiger, wenn die wirtschaftliche Situation schlecht ist und keine Aussicht auf eine markante Besserung besteht. Wir müssen der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, dass wir unsere finanziellen Probleme sachlich angehen und im Griff haben. Wir müssen realistische Massnahmen definieren, damit die Aussicht besteht, den städtischen Finanzhaushalt in absehbarer Zeit zu sanieren. Leider musste unsere Fraktion feststellen, dass die Finanzprobleme vom Gemeinderat noch immer falsch angepackt werden. Nicht nur das Defizit für das Jahr 1998 schockierte unsere Fraktion, sondern vielmehr die kurzsichtige Vorstellung des Gemeinderats, wie der defizitäre Finanzhaushalt der Stadt Bern finanziert werden soll. Die meisten strukturellen Sanierungsmassnahmen der Finanzstrategie sind mit vielen Unklarheiten und Widersprüchen verbunden. Es ist allzu offensichtlich, dass mit dieser Finanzstrategie Defizite für die nächsten Jahre nicht abgebaut werden können. Leider zeigt es sich auch, dass die Sparanstrengungen des Gemeinderats in den letzten Jahren viel zu wenig gefruchtet haben. Wie soll z.B. das städtische Dienstleistungsangebot gestrafft werden, wenn der Personalbestand nicht verkleinert wird? Wie soll die Stadt weiterentwickelt werden, wenn Investitionen nur noch für Sanierungen und Werterhaltungen getätigt werden? Kann jemand garantieren, dass die Zentrumslasten ab 2001 wirklich im Rahmen der Vorstellungen des Gemeinderats abgegolten werden? Die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Finanzpolitik der Gemeinden werden uns in nächster Zeit immer stärker unter Druck setzen. Die Haushaltsdefizite aus früheren Jahren müssen innert nützlicher Frist abgebaut werden. Es steht jedoch auch im Raum, dass Gemeinden, die Defizite ausweisen, diese mit Steuererhöhungen zwingend ausgleichen müssen. Diese Voraussetzungen verunmöglichen den vom Gemeinderat eingeschlagenen Weg zur Haushaltssanierung ohne Steuererhöhung. Weil beim Geld kein Spielraum mehr vorhanden ist, werden gute und wichtige Vorhaben bereits im Keim erstickt. Unsere Diskussionen werden immer stärker vom Damoklesschwert Finanzproblem beeinflusst. Die Finanzsituation wird mit den aufgelaufenen Defiziten von Jahr zu Jahr schlimmer und der Druck von seiten der Bevölkerung und des Kantons immer grösser. Ohne Finanzmassnahmen, die wirklich umgesetzt werden können, werden wir unseren Finanzhaushalt nicht sanieren können. Die Stadt Bern muss ihre Finanzprobleme selber lösen. Hoffen und warten auf die Abgeltung von Zentrumslasten ist kein opportunes Mittel. Diese Tatsachen zwingen unsere Fraktion, den Rückweisungsantrag der FDP zu unterstützen. Wir müssen unserem Gemeinderat den richtigen Weg in der Finanzpolitik aufzeigen und unserer Bevölkerung in absehbarer Zeit wieder ein ausgeglichenes Budget präsentieren und damit wieder Vertrauen vermitteln können. Dann werden wir im Stadtrat endlich wieder zukunftsorientiert politisieren können.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Im Namen des Stadtrats:

Der Präsident: *Martin Frick*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*